

leren Betrieben ist es schwer, eine eigene Interessenpolitik durchzusetzen. Der Zusammenschluss zu Multibranchengewerkschaften hat die Schlagkraft nicht im erhofften Maße erhöht. Zudem droht den Branchengewerkschaften durch das Aufkommen hoch organisierter Kleinorganisationen wie Cockpit, GdL und Marburger Bund eine Erosion an den Rändern, auf die sie noch keine Antwort gefunden haben.

Die Gewerkschaften nehmen eine Fülle von Funktionen im deutschen korporatistischen System wahr. Doch nicht immer ist klar, wer in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung für »die Gewerkschaften« spricht und nicht immer ist eindeutig, für welche Richtung in diesen Auseinandersetzungen die Gewerkschaften stehen. Der DGB hat als Dachverband gegenüber den Branchenriesen IG Metall und Ver.di an Gewicht verloren. Zugleich ist die frühere »privilegierte Partnerschaft« mit der SPD diffundiert, seitdem sich die Union wieder stärker sozialpolitischen Belangen geöffnet hat und vor allem seit sich

mit der WASG und später der »Linken« eine oppositionelle Partei aus dem gewerkschaftlichen Milieu herausgebildet hat.

Bislang wurde die europäische Integration durch eine ökonomische Internationalisierung vorangetrieben, der es an einer korrespondierenden sozialen Transnationalisierung mangelt. Deren zentraler Träger wären die Gewerkschaften, doch ob sich diese als eigener Akteur im europäischen Mehrebenensystem etablieren und inwieweit ihr Agieren vermehrt durch die Interessen der nationalen Arbeiterschaft oder durch eine europäische Warte bestimmt wird, ist umso offener, als fraglich ist, ob sich die Sozialbeziehungen auf europäischer Ebene überhaupt entsprechend dem nationalen Vorbild entwickeln werden.

Die Herausforderungen für die Gewerkschaften sind also zahlreich.

Wolfgang Schroeder (Hg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage.* Springer VS, Wiesbaden 2014, 790 S., 59,99 €.



#### Dieter Rulff

war Redakteur von Radio Glasnost, Ressortleiter bei der *taz* und bei der Zeitschrift *Die Woche* und ist nun freier Autor und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Vierteljahresschrift *vorgänge*.

[dieterulff@freenet.de](mailto:dieterulff@freenet.de)

Christoph Ehmann

## Aus Rechts mach Links

### Von der realen rechten Gefahr zum linken Gespenst

Für die Alliierten stand nach der Befreiung Deutschlands 1945 die dauerhafte Verbanung faschistischen Denkens und Handelns aus dem öffentlichen Dienst der neu aufzubauenden Demokratie im Vordergrund politischen Handelns. Wo immer nur möglich setzten sie an die Stelle der alten Bürgermeister, Dienststellenleiter und

Polizeioberen unbelastete Personen. Dominik Rigoll nennt die Letztgenannten in seiner Analyse *Staatsschutz in Westdeutschland* die »45er«.

Doch nur wenige Jahre später wurden sie durch die »49er« ersetzt, solche Personen, die die Entnazifizierung mehr oder weniger schadlos überstanden hatten. Ge-

schützt werden sollte die junge Bundesrepublik nun nicht mehr vor denen, die unter der demokratischen Sonne wieder braun wurden, sondern vor der »Roten Gefahr«, dem Kommunismus. Alt-Nazis machten Karriere, kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wurden erneut verfolgt.

20 Jahre später wiederholte sich diese »Transformation«: Um etwas gegen das Erstarken rechtsradikaler Gruppierungen an den Hochschulen, in der Bundeswehr und in den Landtagen zu tun, machten sich Arbeitsgruppen der Regierungen des Bundes und der Länder Gedanken. Heraus kam am Ende ein »Radikalenerlass« gegen alles »Linke«, am deutlichsten gegen alle Mitglieder der neugegründeten DKP, falls sie Lehrer, Postboten oder Lokomotivführer sein oder werden wollten. Die in der NPD engagierten Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr blieben ungeschoren.

Rigolls Arbeit ist kein weiteres Buch über die gescheiterte Entnazifizierung nach 1945 und über den Radikalenerlass in den 70er Jahren. Sein großes Verdienst ist es, anhand zahlreicher, bislang wenig genutzter Quellen zu dokumentieren, auf welchem Wege es in der Bundesrepublik innerhalb von vier Jahrzehnten zwei Mal gelang, eine zunächst gegen das Weiterleben bzw. Wiedererstarken des Nazismus gerichtete Politik in eine gegen »Links« – von linksliberal bis kommunistisch – gerichtete Verfolgungsjagd umzudrehen. Denn der juristischen Bekämpfung der KPD und ihrer Nebenorganisationen ging die primär gegen Alt-Nazis in Regierungsämtern gerichtete, aber vorzeitig abgebrochene Entnazifizierung voraus wie ganz ähnlich der Extremistenerlass der 70er Jahre in einer gegen den Neo-Nazismus der NPD und ihrer Freunde in den Universitäten und der Bundeswehr gerichtete, ebenfalls nicht zu Ende geführten Politik ihren Vorläufer hatte.

Bislang hat man sich angewöhnt, die »Renazifizierung« nach 1949 ausschließlich der Wende zum »Kalten Krieg« zuzuschrei-

ben. Doch den von den West-Alliierten geforderten Antikommunismus hätte man auch mehr oder weniger problemlos mit der von Kurt Schumacher geprägten SPD umsetzen können. Von einer »Unterwanderung« der SPD durch Kommunisten konnte zu keiner Zeit ernsthaft die Rede sein.

Das Wort von der »streitbaren Demokratie« wurde zwar auch gegen die neofaschistische SRP (1952 verboten) genutzt. Doch die reale Gefahr kam von anderer Seite. »Die Gefahr liegt nicht bei den 5% verrückten Rechtsradikalen«, zitiert Rigoll den SPD-Abgeordneten Adolf Arndt, »sondern in der Unterwanderung der Demokratie (von Seiten) feindlicher Elemente bei den höchsten Stellen«.

### *Unterwanderung der Demokratie*

In den Geschichtsbüchern wird überliefert, dass Gustav Heinemann als Minister wegen Adenauers Aufrüstungsplänen von seinem Amt zurücktrat. Doch folgt man Rigoll, entspricht das nur zum Teil der Wahrheit. Heinemann sollte 1950 als damaliger Bundesinnenminister ein neues Beamtengesetz vorlegen. Strittig war, auch von Seiten der Alliierten, vor allem die Bestimmung über die besondere Treuepflicht der Beamten. Heinemann stand einer solchen Bestimmung – wie auch der Hessische Ministerpräsident Georg August Zinn – ablehnend gegenüber. Denn auf eben diese »besondere Treuepflicht« beriefen sich die ehemaligen NS-Beamten, die sich dem Führerstaat loyal und treu hingegeben hatten und deren Wiedereinstellung Adenauer und sein Zuarbeiter Globke mit Nachdruck betrieben. Auch der Aufbau einer bundesdeutschen Truppe würde nur mit übrig gebliebenen Offizieren möglich sein, die sich im NS-Staat »treu« zu ihrem obersten Führer verhalten hatten. Immer unbefangener forderten damalige Amtsträger, die sich durch die Entnazifizierungsverfahren diskriminiert gefühlt hatten, die Rückkehr in ihre alten und die Beförderung in neue Positionen. Sie wurden denn auch nicht

nur Präsidenten wichtiger Bundesgerichte wie des Bundesgerichtshofes, sondern sie wandten auch ihre liebgewonnene Ideologie in der Rechtsprechung weiterhin an. So interpretierte etwa das Bundesarbeitsgericht die bundesrepublikanische »Sozialpartnerschaft« im Sinne des NS-Konzepts von (Wirtschafts-)Führer und Gefolgschaft und war bemüht, die im Beamtenrecht übernommene »besondere Treuepflicht« gegenüber dem Arbeitgeber auch auf Arbeiter und Angestellte auszudehnen.

Diese »Renazifizierung« hatte viel mit der sozialen Stellung der bevorteilten Personen zu tun. Kommunisten hatten in Deutschland nie leitende Stellungen in Bürokratie, Armee und Justiz inne. Anders die Angehörigen des konservativen Bürgertums. Sie hatten in führenden Positionen im NS-Staatsapparat, der Justiz und dem Militär gesessen – und erhoben nun den Anspruch, an gleicher oder höherer Stelle weiterverwandt zu werden. Dass ihnen dies gelang, ist vielfach dokumentiert.

Als die nunmehr als Neo-Nazis bezeichneten alten und neuen Kameraden erstmals bei Landtagswahlen ab 1965 kandidierten, war der Boden noch oder schon wieder fruchtbar. An den Hochschulen trat die rechte Studentengruppierung FDS bei Studentenparlamentswahlen erfolgreich an. Auf Häusern schlagender Verbindungen fanden Werbeveranstaltungen für die NPD mit ihrem Vorsitzenden Adolf von Thadden statt. In der Bundeswehr soll 1967 ein Viertel der Berufssoldaten mit der neuen Partei sympathisiert haben. Und als die NPD schließlich mit stattlichen Ergebnissen in mehrere Landtage einzog und über 20 Mitglieder in der Bundesversammlung stellen konnte, erhoffte sich die CDU ihre solidarische Unterstützung für ihren Kandidaten Gerhard Schröder, um Gustav Hei-

nemann als Bundespräsidenten zu verhindern. Was, wie bekannt, nicht gelang. Es war denn nur naheliegend, ein Verbot der NPD gar nicht erst ernsthaft zu erwägen. Man sollte sich stattdessen mit den Gegnern der Demokratie – von rechts und links – eher »politisch auseinandersetzen«. Die zumindest ein Stück weit auch von Kiesinger mitgetragene, von Brandt vorangetriebene Öffnung nach Osten machte ohnehin einen veränderten Umgang mit Kommunisten notwendig.

Doch auf eine solche offene, die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien klärende »politische Auseinandersetzung«, die die SPD gegenüber der KPD seit über 50 Jahren führte, konnte sich die 1969 aus der Bundesregierung gewählte CDU, vor allem aber die CSU nicht einlassen. Die Differenzen zur NPD-Parteilinie wären über weite Strecken nur schwer erkennbar gewesen.

Aus diesem Dilemma gab es nur den Weg über das Beamtenrecht. Jeder Kandidat für den Öffentlichen Dienst sollte den Beweis erbringen, dass er sich der »besonderen Treuepflicht« hingeben werde. Die Initiative dazu ging von der Hamburger SPD und ihrem Innensenator Ruhnau aus. Erst nachdem Tausende von Berufshoffnungen zunichte gemacht worden waren betrieben Sozialdemokraten in Bund und Ländern den Extremistenbeschluss außer Kraft zu setzen.

Rigoll hat ein kluges Buch geschrieben über den schwierigen Weg zu einer gefestigten, aber immer wieder neu zu schützenden Demokratie, manchmal vor allem vor den inneren Feinden.

*Dominik Rigoll: Staatsschutz in Westdeutschland – Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr. Wallstein, Göttingen 2013, 524 S., 39,90 €.*



#### **Christoph Ehmann**

ist Honorarprofessor für Erwachsenen- und Weiterbildung an der Philipps-Universität Marburg sowie ehrenamtlicher Generalsekretär der European University Foundation – Campus Europae, Luxemburg.

[christoph-ehmann@t-online.de](mailto:christoph-ehmann@t-online.de)